

Offene Worte

Online Nr. 29

Zeitung der LINKEN für den Barnim 9. Juni 2020, 30. Jahrg.

CORONAS Abenteuer

1x pro Woche



DIE LINKE: Gutachten zur Regulierung des Bodenmarktes

Ein gemeinsames Gutachten zur Regulierung des Bodenmarktes haben die Fraktionsvorsitzendenkonferenz, die Landtagsfraktionen und die Bundestagsfraktion der LINKEN in Auftrag gegeben. „Es geht um gemeinwohlorientierte Landgesellschaften als strategische Bodenreserve in öffentlicher Hand“, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der Brandenburger Landtagsfraktion der LINKEN, Thomas Domres. „Wenn Bodenpreise explodieren und immer mehr landwirtschaftliche Flächen in die Hände von landwirtschaftsfremden Investorennetzwerken gerät, bedroht dies die Existenzgrundlage der ortsansässigen Agrarbetriebe.“

Boden sei keine Ware sondern ein begrenzt verfügbarer Naturreichtum und Grundlage unserer Ernährungssouveränität, so Domres. „Bodenspekulation muss verhindert werden!“

Durch die Regulierung des Bodenmarktes will DIE LINKE die Grundlage schaffen für eine nachhaltige, regional verwurzelte Landwirtschaft. Landwirt*innen, kooperative Zusammenschlüsse wie Agrargenossenschaften oder alternative Modelle wie die Solidarische Landwirtschaft sollen Zugang zum Boden haben.

Das Gutachten soll im September 2020 veröffentlicht werden. (pm)

Was bringt das Konjunkturpaket im Barnim?

OW untersucht die 57 Vorhaben des Konjunkturpaketes. Heute: Gewerbesteuer, Grundsicherung, Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge für Beschäftigte und Arbeitgeber

Das am 3. Juni beschlossene Konjunkturpaket der Bundesregierung enthält viele richtige Ansätze und ist in seinem finanziellen Umfang angemessen. Aber in der Umsetzung und dem mittelfristigen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Umbau der Gesellschaft sind weitere Schritte notwendig. Das ist eine Chance für den demokratischen gesellschaftlichen Dialog und der wissenschaftlichen und politischen Debatte.

Der **Ausgleich der Gewerbesteuererfälle für Kommunen** bringt Planungssicherheit, der Städte- und Gemeindebund prognostiziert 20 Prozent Ausfälle, die erstattet werden würden. Das bedeutet zum Beispiel für Ahrensfelde 1,1 Millionen Euro, für Wandlitz 1,2 Millionen Euro, für Werneuchen 0,54 Millionen Euro Zuschuss. Zugleich muss aber die Frage gestellt werden, ob die Erhebung der Gewerbesteuer nach Hauptsitz des Unternehmens noch zeitgemäß ist. Denn die Unternehmen nehmen

ja nicht nur an ihrem Betriebsitz Infrastruktur der Städte und Gemeinden in Anspruch, sondern genauso an ihren Betriebsstätten. Eine Zahlung der Gewerbesteuer nach Betriebsstätten wäre deshalb der bessere Weg. Dies würde eine Reform der Kommunalfinanzierung bedeuten und eine Neuordnung in den Förderalismusbeziehungen.

Die Bundesregierung will bis zu 75 Prozent der **Kosten für die Unterkunft für Menschen**, die Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) beziehen, wird alleine für den Landkreis Barnim eine Entlastung von mehreren Millionen Euro bedeuten. Allerdings muss hier die konkrete Ausgestaltung abgewartet werden: Über 25 Millionen Euro hat der Barnim im Jahr 2018 dafür ausgegeben. Dazu gab es eine Erstattung von 44 Prozent durch den Bund, das waren knapp 11 Millionen Euro. Aber was wird „bis

zu 75 Prozent“ bedeuten: 50, 60 oder 75 Prozent? Dahinter verbergen sich millionenschwere Belastungen des Landkreises. Und mindestens genauso wichtig: Eine neue Gestaltung der Grundsicherung ist insgesamt notwendig, um sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Vorschläge dazu liegen vor, wie zum Beispiel ein bedingungsloses Grundeinkommen der LINKEN, ein krisenbedingtes Grundeinkommen, das Ökonomen vorschlagen oder eine Ausweitung des vereinfachten Systems, wie es jetzt gerade praktiziert wird. Was davon ist gesellschaftlich mehrheitsfähig?

Die zeitweilige **Deckelung der Beiträge zur Sozialversicherung auf 40 Prozent** bedeutet, dass Arbeitslosen-, gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ins-

gesamt nicht mehr als 40 Prozent betragen. Sollte zum Beispiel die Arbeitslosenversicherung wegen der vielen Zahlungen des Kurzarbeitergeldes steigen, soll der übersteigende Betrag durch Gelder des Bundes aufgefangen werden. Das ist eine gute Absicherung der Beschäftigten. Aber das Verfahren ist nur dann sinnvoll, wenn auch für die Zeit „nach Corona“ das künftige Verhältnis von Leistungen, Beiträgen und steuerlichen Zuschüssen neu definiert wird. Zum Beispiel muss die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung ausgebaut werden. Mittelfristig bedeutet das eine alte Forderung der LINKEN aufzugreifen: Die Beitragsfinanzierung muss durch steuerfinanzierte Komponenten ausgeweitet werden. Das wäre dann eine gerechte Neuordnung von Sozialsystemen.

Ralf Christoffers, Kreistagsabgeordneter, DIE LINKE

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW
am 11. Juni